

Grenzgängern droht Rentenlücke

EXPERTE ZUM THEMA: Altersversorgung für Arbeitnehmer mit Schweizer Arbeitgeber und Wohnsitz in Deutschland

VON BENEDIKT WALTER

LÖRRACH. Ausnahmsweise sind sich mal alle einig. Politik, Verbraucherschutz und Versicherungsspezialisten verkünden unisono, dass die eigenverantwortliche Altersversorgung unerlässlich ist. Doch eine Gruppe, die vor allem in den Kreisen Lörrach und Waldshut eine wichtige Rolle spielt, muss bei der Altersvorsorge besonders aufpassen, sonst droht ihr eine Rentenlücke: die Grenzgänger.

Sowohl in Deutschland wie auch in der Schweiz unterscheiden sich die Meinung der Institutionen hinsichtlich der Rente nicht. Hier wie dort bereitet die demografische Entwicklung den gesetzlichen, umlagefinanzierten Rentensystemen Kopfschmerzen. Gemeint ist die kontinuierliche Überalterung der Gesellschaft. Folge ist, dass das Rentenniveau künftiger Generationen absinken wird. Um heutige Arbeitnehmer im Rentenalter vor dem Abrutschen in die Altersarmut zu bewahren haben beide Länder ähnliche Strategien entwickelt.

In der Schweiz wurde deshalb bereits 1972 das 3-Säulen-System in der Verfassung verankert. Neben der ersten Säule (AHV) sorgt die zweite Säule mit der obligatorischen beruflichen Vorsorge (BVG) für die Grundversorgung im Alter. Die Lücke zwischen Grundversorgung und gewohntem Lebensstandard kann jeder Schweizer freiwillig und eigenverantwortlich über die dritte Säule schließen. Auch in Deutschland ist mit der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen Altersversorgung und der Riesterrente in den letzten Jahren ein vergleichbares System gewachsen.

Die Grenzgänger wurden übersehen

Bei all diesen Regelungen wurde aber eine Gruppe übersehen: Grenzgänger mit Schweizer Arbeitgeber und Wohnort in Deutschland partizipieren zwar mit AHV und BVG an der Grundversorgung aus den ersten beiden Säulen des Schweizer Systems; der Weg der freiwilligen dritten



Die richtige Altersvorsorge stellt derzeit nicht zuletzt Grenzgängerinnen und Grenzgänger vor knifflige Aufgaben.

FOTO: GMS/MASCHA BRICHTA

Säule ist für sie jedoch nicht gefördert. Auch in Deutschland können sie seit 2010 nicht mehr riestern. Im Ergebnis werden sie also von allen Seiten zur freiwilligen Altersvorsorge ermahnt, während ihnen gleichzeitig der Aufbau von gefördertem Rentenvermögen zunächst verwehrt wurde. Verschärft wurde die Situation zu Beginn des Jahres 2005 durch das in Deutschland eingeführte Alterseinkünftegesetz (AltEinkG), das die Besteuerungsgrundsätze für Einkünfte im Alter grundlegend änderte.

In der Folge wird der steuerbare Anteil der gesetzlichen Altersrente der Deut-

schen Rentenversicherung nun sukzessive bis 2040 auf 100 Prozent angehoben. Dieses Jahr beträgt der Besteuerungsanteil 62 im Jahr 2012 dann 64 Prozent. Diese gesetzliche Regelung wird auch auf Schweizer Altersrenten deutscher Grenzgänger angewendet. Dies betrifft nicht nur die Renten aus der gesetzlichen ersten Säule (AHV), sondern auch aus der betrieblichen Vorsorge von Schweizer Firmen (BVG). Vor 2005 wurden die Renten aus beiden Säulen nur mit dem Ertragsanteil von 26 Prozent für einen 65-jährigen Rentner besteuert. Kapitalleistungen aus der zweiten Säule waren sogar steuerfrei.

Die höhere Besteuerung der Renten kann bei ehemaligen Grenzgängern durch die sogenannte „Öffnungsklausel“ gemildert werden. Diese ist anwendbar, wenn Beitragszahlungen in die AHV und BVG von mindestens zehn Jahren bis zum Jahr 2004 oberhalb der deutschen Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung geleistet wurden. Ein Erlass der Oberfinanzdirektion Karlsruhe ermöglicht Grenzgängern seit 2007 einen Weg in die geförderte Altersvorsorge. Sie können unter bestimmten Voraussetzungen über ihren Schweizer Arbeitgeber eine Direktversicherung nach deutschem Recht abschließen. Beitragseinzahlungen werden nach dem Einkommensteuergesetz (EStG, Paragraph drei, Nummer 63) als steuerfreie Einkünfte behandelt. Der Schweizer Arbeitgeber ist Versicherungsnehmer. Versorgungsberechtigter und Beitragszahler ist der deutsche Arbeitnehmer. Der jährliche Höchstbetrag setzt sich aus vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze – derzeit insgesamt 4440 Euro jährlich – zusammen. Das entspricht – je nach Wechselkurs – etwa dem Dotierungsrahmen der Schweizer Säule 3a.

Die Direktversicherung kann bei Arbeitgeberwechsel in der Schweiz in der Regel mitgenommen werden. Wechselt der Arbeitnehmer zu einem deutschen Arbeitgeber, kann er die Übertragung verlangen. Bislang bieten nur wenige deutsche Versicherer dies Produkt an. Steuerlich ist es für meist gut verdienende deutsche Grenzgänger interessant, denn sie können ihre Aufwendungen für die Direktversicherung bei der Steuerveranlagung in voller Höhe geltend machen.



Benedikt Walter

Der Autor ist vereidigter Buchprüfer, Steuerberater und Prokurist bei der LOEBA Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft in Lörrach.